

P r o t o k o l l

der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, und Liegenschaftsangelegenheiten am 18. Januar 2010 im Senatssaal

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:35 Uhr

Anwesenheit

Herr Braun

Frau Bruns

Frau Görs

Herr Dr. Kerath

Herr Kolbe

Herr Liskow, Franz-Robert

Herr Prof. Dr. Matschke

Herr Mundt

Frau Dr. Schwenke

Frau Socher

Herr Steiger

Herr Voß

i. V. für Herr Dr. Fassbinder

Entschuldigt

Herr Dr. Fassbinder

Verwaltung

Herr Hochheim

Herr Kaiser

Frau Resch

Herr Böttcher

Herr Hauck

Frau Friedrich

Frau Franz

Frau Schlegel

Herr Werner

Gäste

Herr Winkler BauBeCon

OZ

Tagesordnung:

1. Sitzungseröffnung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Beschlusskontrolle
- 4.1. Bericht der BauBeCon über die Maßnahmen für das
Programmjahr 2010
5. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 5.1. 4. Änderungssatzung der Benutzungs- und 05/157
Gebührensatzung der Musikschule der Universitäts- und
Hansestadt Greifswald
Dez. III, Amt 41
- 5.2. 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von 05/161
Gewässerunterhaltungsgebühren
Dez. II, Amt 60
- 5.3. Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über 05/162
die Bereitstellung notwendiger Stellplätze sowie der
Erhebung von Ablösebeträgen (Stellplatzsatzung)
Dez. II, Amt 60
- 5.4. Prüfung des Verkaufs eines Grundstücks an die Martin- 05/174
Schule
SPD-Fraktion
- 5.5. Gebührenpflichtiges Parken am Volksstadion 05/176
CDU-Fraktion
- 5.6. 1. Änderungssatzung zur Benutzungs- und 05/180
Gebührensatzung der Universitäts- und Hansestadt
Greifswald für die Durchführung von Märkten und
Veranstaltungen auf kommunalen Flächen vom 18.02.2008
(Beschl.-Nr. B 463-31/08)
Dez. III, Amt 32
6. Information der Verwaltung
7. Fragen, Vorschläge und Anregungen der
Ausschussmitglieder
8. Informationen des Ausschussvorsitzenden
9. Bestätigung des Protokolls der Sondersitzung vom
16.11.09
10. Bestätigung des Protokolls vom 23.11.09

11. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung

Herr Prof. Matschke begrüßt die Mitglieder des Finanzausschusses und wünscht für das neue Jahr eine gute Zusammenarbeit im Ausschuss. Die Sitzung wird mit 11 stimmberechtigten Mitgliedern eröffnet.

Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung

Frau Friedrich begründet die Dringlichkeit für die Einbringung der Beschlussvorlage - 1. Änderungssatzung zur Benutzungs- und Gebührensatzung der UHGW für die Durchführung von Märkten und Veranstaltungen auf kommunalen Flächen – mit der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie.

Die Vorlage wird unter TOP 5.6. auf die Tagesordnung gesetzt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich mit 9 Ja-Stimmen**

Ab 18.10 Uhr nimmt Herr Braun an der Sitzung teil, damit sind 12 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Zu TOP: 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

keine

Zu TOP: 4. Beschlusskontrolle

Zu TOP: 4.1. Bericht der BauBeCon über die Maßnahmen für das Programmjahr 2010

Herr Winkler erklärt, dass mit Beschluss der Bürgerschaft vom 14.12.09 festgelegt wurde, dass im Februar 2010 alle Projekte, die 2009 für die Programmjahre 2010-2014 angemeldet wurden, zu benennen sind. Diese Beschlussvorlage wird am 26.01.10 der Verwaltung übergeben, so dass dann die normale Beschlussfolge für die nächsten Ausschusssitzungen gegeben ist.

Herr Prof. Matschke bittet die Verwaltung, diesen TOP im März auf die Tagesordnung zu nehmen.

Zu TOP: 5. Diskussion von Beschlussvorlagen

*Zu TOP: 4. Änderungssatzung der Benutzungs- und Gebührensatzung der
5.1. Musikschule der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*

Frau Resch bringt die Vorlage ein.

Die Gebühren der Musikschule sollen bei verschiedenen Angeboten erhöht werden, um einen Konsolidierungsbeitrag von 20.000 EUR zu erzielen. Es wird auf die gestiegenen Personalkosten im Rahmen der Tarifsteigerungen reagiert, die zur letzten Änderungsgebührensatzung 2007 um ca. 120 TEUR gestiegen sind.

Der vorliegende Änderungsantrag zur Beschlussvorlage, eingebracht von Frau Bruns für Bündnis 90/Die Grünen beinhaltet eine veränderte Geschwisterermäßigung. Danach wird dem 2. angemeldeten Kind eine 25 %ige Ermäßigung und dem 3. Kind eine 50 %ige Ermäßigung gewährt. Ab dem 4. Kind soll der Musikschulbesuch kostenfrei erfolgen.

Herr Mundt begrüßt den Vorschlag, da er familienfreundlich ist und keine sozialen Staffelungen vornimmt. Er fordert aber eine angemessene Gegenfinanzierung für den Vorschlag. Der Einnahmeverlust von 5.000 EUR sollte keinesfalls hingenommen werden.

Herr Prof. Matschke findet es grundsätzlich nicht korrekt, wenn die Kommune in Konkurrenz zu den privaten Trägern auftritt und nur wegen der kommunalen Zuschüsse besonders günstige Angebote macht. Für eine Gebührensenkung sieht er deshalb keine Notwendigkeit.

Herr Hochheim erklärt, dass der Zuschussbedarf der Musikschule schon jetzt ca. 600 TEUR beträgt. Daher sind jedenfalls nicht die 5.000 EUR das Problem für die beschriebene Konkurrenzsituation. Herr Hochheim stimmt mit Herrn Mundt darin überein, dass die vorgeschlagene Geschwisterermäßigung auch gegenfinanziert werden muss. In Kenntnis des Vorschlags von B90/GRÜNE wurde verwaltungsintern bereits darüber nachgedacht, wie dieser Betrag aufgefangen werden könnte. Denkbar sei, dass die Gebühren für den Einzelunterricht im notwendigen Umfang angehoben werden. Deren Kostendeckungsbeitrag liege derzeit bei ca. 25 %.

Herr Dr. Kerath bittet die Verwaltung, die Satzung zurückzustellen und zu überarbeiten. Er bittet zusätzlich um Prüfung, ob eine gestaffelte Gebühr nach Wohnsitz möglich ist. Musikschüler, die außerhalb der

Stadt wohnen, sollten einen höheren Beitrag zahlen.

Herr Hochheim wendet ein, dass dieser Vorschlag von Seiten der zum Thema „Stadtkreis“ umworbenen Gemeinden als unfreundlicher Akt aufgefasst werden könnte.

Zudem würden die Umlandgemeinden aufgrund des seit diesem Jahr geltenden Finanzausgleichsgesetzes ohnehin bereits mit einer Umlage belastet, die sie gerade für die Inanspruchnahme von städtischer Infrastruktur entrichten müssen.

Herr Prof. Matschke schlägt vor, dass keine Beschlussfassung erfolgt und durch die Verwaltung bis zum Hauptausschuss bzw. spätestens zur Bürgerschaftssitzung geklärt wird, welche Auswirkungen die vorgeschlagene Geschwisterregelung hat und welche Gegenfinanzierung gebracht wird.

Der Vorschlag wird abgestimmt mit **11 Ja-Stimmen und 1 Enth.**

Der Vorschlag von Dr. Kerath zur Staffelung der Gebühr nach Wohnsitz wird mit 2 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen abgelehnt.

Zu TOP: *1. Änderung der Satzung über die Erhebung von*
5.2. *Gewässerunterhaltungsgebühren*

Die Vorlage wird durch Frau Franz eingebracht.

Eine Überarbeitung der Satzung vom 11.12.06 wurde notwendig, da diese auf einer angreifbaren Kalkulation beruht. Durch fehlerhafte Bescheide für die Gewässerunterhaltungsgebühr wurde seit 2007 zu viel Geld eingenommen.

Herr Steiger findet die Gelegenheit günstig, anstelle über die Satzungsänderung besser über die Abschaffung dieser Satzung nachzudenken, die erheblichen Verwaltungsaufwand verursacht und vergleichsweise wenig einbringt. Herr Liskow regt an, den in Rede stehenden Betrag der Einfachheit halber über eine entsprechende Erhöhung der Grundsteuer beizutreiben.

Von den Ausschussmitgliedern wird erfragt, wie mit den eingenommenen Überzahlungen umgegangen werden soll. Frau Schlegel führt aus, dass die Gebühr für den zukünftigen Kalkulationszeitraum gesenkt werden soll. Diejenigen, die gegen den Bescheid keinen Widerspruch eingelegt haben, verfügen über einen rechtskräftigen Bescheid. Nach Aussage von Frau Schlegel hätte eine gegen den Bescheid gerichtete Klage keinen Erfolg.

Herr Dr. Kerath und Frau Socher melden gegen dieses Verfahren Bedenken an. Da es sich aber für den Einzelnen um einen

verhältnismäßig geringen Betrag handelt, ca. 1,00 bis 2,00 EUR, würde der Aufwand für eine Rückzahlung vermutlich in keinem vertretbaren Verhältnis stehen.

Herr Prof. Matschke weist darauf hin, dass keineswegs von allen Zahlungspflichtigen solche geringen Beträge erhoben würden, Er denke hier beispielsweise an die Wohnungsgesellschaften oder die Universität.

Nach abschließender Diskussion fasst Herr Prof. Matschke zusammen, dass es gegen die Satzung im Ausschuss keine Bedenken gibt. Bestandskräftige Bescheide sollten rückwirkend nicht aufgehoben werden.

Die vorliegende Satzung wird abgestimmt: **12 Ja-Stimmen**

Zu TOP: *Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die
5.3. Bereitstellung notwendiger Stellplätze sowie der Erhebung von
 Ablösebeträgen (Stellplatzsatzung)*

Herr Kaiser erklärt zur Vorlage, dass unmittelbar nach Inkrafttreten der neuen Landesbauordnung keine Stellplatzabläse mehr erhoben werden konnte. Von Seiten der Stadt wurde keine Notwendigkeit für eine städtische Stellplatzsatzung gesehen. Gerade bei Grundstücken im Innenstadtbereich wurden die erforderlichen Stellplätze von den Investoren größtenteils nachgewiesen und nur in Ausnahmefällen abgelöst.

In den letzten zwei Jahren ist aber eine deutliche Änderung dieses Verhaltens feststellbar. Gerade bei Neu- und Umbauten von Studentenwohnungen wurden nur wenige Stellplätze errichtet, so dass Parkplatzprobleme auftraten. Die fehlende Stellplatzpflicht wurde in Einzelfällen auch genutzt, um die Bebaubarkeit von Grundstücken zu vergrößern.

Für künftige Bauvorhaben ist deutlich geworden, dass eine Regelung für die Anzahl der Stellplätze erforderlich ist.

Die eingenommenen Gelder werden zweckgebunden z. B. für die Modernisierung und Instandhaltung von öffentlichen Parkeinrichtungen und Fahrradwegen verwendet.

Herr Prof. Matschke stellt fest, dass aufgrund des § 24 der Kommunalverfassung des Landes M-V keine Mitglieder des Finanzausschusses von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen sind.

Abstimmungsergebnis: **8 Ja-Stimmen, 4 Enth.**

Zu TOP: Prüfung des Verkaufs eines Grundstücks an die Martin-Schule
5.4.

Herr Dr. Kerath führt aus, dass die Martin-Schule nach wie vor erheblichen Zulauf von Schülern hat. Daher ist die Odebrecht-Stiftung als Träger der Martin-Schule auf der Suche nach weiteren Räumlichkeiten und hat Interesse, das leerstehende Gebäude in der Gahlkower Wende, direkt neben der Schule zu kaufen. Dieses befindet sich im Eigentum der WVG.

Herr Dr. Kerath bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Möglichkeit eines Verkaufs an die Odebrecht-Stiftung besteht, damit auf der freiwerdenden Fläche ein weiteres Schulgebäude errichtet werden kann.

Herr Dr. Böttcher weist darauf hin, dass die Martin-Schule letztendlich mit der WVG vereinbaren muss, ob diese bereit ist, das Grundstück zu veräußern. Da die Odebrecht-Stiftung ihr Anliegen schon der Stadtplanung vorgetragen hat, ist die Verwaltung in diesem Sinne schon tätig.

Nach Diskussion wird der Prüfauftrag mit Zustimmung des Finanzausschusses an die Ausschüsse weitergegeben.

Zu TOP: Gebührenpflichtiges Parken am Volksstadion
5.5.

Herr Mundt berichtet über die letzte Sitzung des Sportausschusses. Dort wurde durch die Sportvereine angefragt, ob die Möglichkeit besteht, vor dem Volksstadion (Eingang K.-Liebknecht-Ring bis zur Einfahrt Wirtschaftshof) die Parkplätze wieder gebührenfrei zur Verfügung zu stellen. Die Parkflächen wurden erst im letzten Jahr gebührenpflichtig gemacht. Da es sich um die größte Sportstätte in Greifswald handelt, möchten die Sportvereine nun den alten Zustand wieder hergestellt haben bzw. wünschen eine Gebührenfreiheit für Besucher von 2 Stunden.

Frau Socher unterstützt diesen Antrag, da es sich hierbei nur um eine Fläche von ca. 50 m handelt, die 20 Jahre lang gebührenfrei waren.

Herr Dr. Kerath unterstützt diesen Antrag ebenfalls, regt aber 2 Dinge an: Wie soll überwacht werden, dass nur der betreffende Personenkreis gebührenfrei parkt und durch wen soll die Überwachung erfolgen? Er regt an, dass die Betreffenden, wie z. B. Übungsleiter und Sportler eine entsprechende Berechtigung erhalten würden. Sollten nicht auch Eltern, die ihre Kinder in das Volksstadion zum Sport bringen oder von dort abholen, nicht auch die Möglichkeit haben, kurzfristig gebührenfrei zu parken?

Herr Prof. Matschke erfragt den Einnahmeverlust und erinnert Herrn

Mundt an die Diskussion um die Geschwisterermäßigungen an der Musikschule. Dort war von Herrn Mundt noch eine Gegenfinanzierung für den Vorschlag gefordert worden.

Herr Hochheim erinnert sich an die Ausführungen des zuständigen Amtsleiters, Herrn Wixforth, im Senat. Er sprach von monatlichen Einnahmen in Höhe von 1.000 EUR. Mithin konnte sich der Einnahmerückgang auf ca. 12.000 EUR belaufen.

Der Finanzausschuss gibt den Antrag unter Berücksichtigung der Anregungen von Dr. Kerath zur weiteren Beratung an die Ausschüsse weiter.

Zu TOP: 5.6. 1. Änderungssatzung zur Benutzungs- und Gebührensatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Durchführung von Märkten und Veranstaltungen auf kommunalen Flächen vom 18.02.2008 (Beschl.-Nr. B 463-31/08)

Da die Durchführung von Märkten und Veranstaltungen auf kommunalen Flächen nicht den Forderungen der EU-Dienstleistungsrichtlinie entspricht, wurde eine neue Satzung notwendig. Ziel der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinien ist es, den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen zu fördern, Hindernisse abzubauen und damit zu einem einheitlichen europäischen Binnenmarkt beizutragen.

Frau Hoffmann beantwortet Fragen zur Kalkulation.

Abstimmungsergebnis: **12 Ja-Stimmen**

Zu TOP: 6. Information der Verwaltung

Herr Hochheim informiert darüber, dass die Beschlüsse der Bürgerschaft für das Haushaltssicherungskonzept und den Haushaltsplan ordnungsgemäß ausgefertigt und an das Innenministerium gesandt wurden. Über die weitere zeitliche Abfolge kann derzeit noch nichts gesagt werden. Es wird gehofft, dass die Kreditgenehmigungen im erforderlichen Umfang erfolgen. Die Sonderbedarfszuweisung für den Umbau der Feuerwehr in der Wolgaster Straße ist mit Schreiben vom 06.01.2010 ebenfalls an das Innenministerium geschickt worden.

Der Haushaltsplan 2010 wurde in der Sitzung an die Mitglieder des Finanzausschusses verteilt.

Zu TOP: 7. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

keine

Zu TOP: 8. Informationen des Ausschussvorsitzenden

Herr Prof. Matschke hat ein Schreiben von Herrn Hertel erhalten und ihm mitgeteilt, dass der Ausschuss sich mit seinem Projektvorschlag in der nächsten Sitzung befassen wird. Da es hier insbesondere um baurechtliche Probleme geht, sollte die Bauverwaltung dem Ausschuss Pro und Kontra erläutern.

Zu TOP: 9. Bestätigung des Protokolls der Sondersitzung vom 16.11.09

Abstimmungsergebnis: **12 Ja-Stimmen**

Zu TOP: 10. Bestätigung des Protokolls vom 23.11.09

Abstimmungsergebnis: **12 Ja-Stimmen**

Zu TOP: 11. Schluss der Sitzung

Prof. Matschke beendet die öffentliche Sitzung und verabschiedet die Gäste.

gez. Prof. Dr. Manfred Matschke
Ausschussvorsitzender

gez. M. Meyer
für das Protokoll